

Literaturbrief

6/2010

Inhalt

Aufsätze

1. [Braun, Christian: Rückforderungen von europäischen Zuwendungen bei Vergaberechtsverstößen \(NZBau 5/2010, S. 279-283\)](#)
2. [Braun, Peter; Zsofia, Petersen: Präqualifikation und Prüfungssysteme \(VergabeR 3/2010, S. 433-440\)](#)
3. [Baumeister, Hubertus; Struß, Jantje: Hippokrates als Dienstleister gemäß den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes \(NZS 5/2010; S. 247-253\)](#)
4. [Burgi, Martin: Streitbeilegung unterhalb der Schwellenwerte durch „Vergabeschlichtungsstellen“: Ein Vorschlag zur aktuellen Reformdiskussion \(VergabeR 3/2010, S. 403-414\)](#)
5. [Dicks, Heinz Peter: Verfahrensrechtliche Entscheidungen im Jahre 2009 - Teil II \(ZfBR 4/2010, S. 235-245\)](#)
6. [Frenz, Walter: Aktuelle europarechtliche Grenzen des Vergaberechts \(NVwZ 10/2010; S. 609-613\)](#)
7. [Fürmann, Jochen: Zur Zulässigkeit von Anforderungsfristen und der praxisgerechten Auslegung des § 107 Abs. 3 Satz 1 und 3 GWB \(VergabeR 3/2010, S. 420-427\)](#)
8. [Gartz, Benjamin: Das Ende der „Ahlhorn“- Rechtsprechung \(NZBau 5/2010, S. 293-297\)](#)
9. [Hausmann, Friedrich Ludwig; Mutschler-Siebert, Annette: Nicht mehr als eine Klarstellung - Interkommunale Kooperationen nach dem EuGH-Urteil Stadtreinigung Hamburg \(VergabeR 3/2010, S. 427-433\)](#)
10. [Hübner, Alexander: Das Ende der „unverzüglichen“ und uneingeschränkten Rügeobliegenheit \(§ 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB\) \(VergabeR 3/2010, S. 414-420\)](#)
11. [Leinemann, Eva-Dorothee; Kirch, Thomas: Vergaberechtliche Privilegien für Sektorenauftraggeber \(VergabeNews 5/2010, S. 50-52\)](#)
12. [Sester, Peter: Bieterverfahren und Projektverträge im brasilianischen Recht \(RIW 5/2010, S. 269-279\)](#)
13. [Wegener, Bernhard W.: Umweltschutz in der Vergabe öffentlicher Aufträge \(NZBau 5/2010, 273-279\)](#)
14. [Zeiss, Christopher: Sektorenverordnung verfassungswidrig - Gebührenerhebung durch Bundeskartellamt unzulässig? \(NVwZ 9/2010, S. 556-558\)](#)

Fachbuch

15. [Müller-Wrede \[Hrsg.\]: VOL/A und B, VOF und VgV \(Köln 2010, Bundesanzeiger Verlag\)](#)

Aufsätze

1 Braun, Christian

NZBau 5/2010, S. 279-283

Rückforderungen von europäischen Zuwendungen bei Vergaberechtsverstößen

Der Verfasser untersucht die europäischen und nationalen Regelungen zur Rückforderung von Zuwendungen bei Verstoß des Fördermittelnehmers gegen vergaberechtliche Vorschriften. Der Verfasser stellt zunächst die nationalen Regelungen vor und kommt zu dem Ergebnis, dass die europäischen Leitlinien in der Ermessensausübung durch nationale Behörden zu berücksichtigen sind. Im Anschluss werden die Auswirkungen der in 2007 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Kommission zur Rückforderung von Zuwendungen auf die nationale Rückforderungspraxis dargestellt. Hierzu wird erläutert, bei welchen Vergabeverstößen in welcher Höhe die Fördermittel zurückgefordert werden sollen. Die Leitlinien der europäischen Kommission seien eine wertvolle Auslegungshilfe und würden für mehr Rechtssicherheit sorgen.

Sven Tönnemann, Rechtsanwalt, Hamburg

2 Braun, Peter; Zsofia, Petersen

VergabeR 3/2010, S. 433-440

Präqualifikation und Prüfungssysteme

Die Verfasser untersuchen in ihrem Beitrag die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Präqualifikation in den Vergabeordnungen für klassische Auftragsvergaben und des Prüfsystems im Sektorenbereich. Zunächst stellen sie fest, dass beide Systeme die Vereinfachung des Nachweises der Eignung zum Ziel haben. Anschließend arbeiten sie heraus, dass das Prüfsystem anders als das Präqualifikationsverfahren Teil des Vergabeverfahrens sein kann und damit in Gegensatz zur Präqualifikation einen verpflichtenden Charakter hat. Zudem sei die Prüftiefe erheblich weiter als bei der Präqualifikation und könne sich auch auf technische Spezifikationen beziehen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass zwischen beiden Verfahren, wegen ihrer unterschiedlichen Ausgestaltung und Verfahrensfunktion streng unterscheiden werden müsse.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

3 Baumeister, Hubertus; Struß, Jantje

NZS 5/2010; S. 247-253

Hippokrates als Dienstleister gemäß den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes

- Die Vergabe von integrierten Versorgungsverträgen im Lichte des EuGH-Urteils vom 11.6.2009, Rs. C-30/07 -

Die Verfasser nehmen die „Oymanns-Entscheidung“ des EuGH als Ausgangspunkt, um die Ausschreibungsverpflichtung der gesetzlichen Krankenkassen für Verträge über die integrierte Versorgung zu untersuchen. Dabei betrachten sie zunächst die Frage, ob gesetzliche Krankenkassen öffentliche Auftraggeber sind und stellen dann dar, warum Verträge zur integrierten Versorgung öffentliche Aufträge seien. Im Anschluss widmen sie sich der Einordnung der integrierten Versorgung als nicht-prioritäre Dienstleistungen, der Mittelstandsförderung und den Ausnahmetatbeständen in der VOL/A für eine wettbewerbsfreie Vergabe. Schließlich sei nach Auffassung der Autoren die Vergabe von integrierten Versorgungsverträgen ein hilfreiches Element zur Steuerung im Gesundheitswesen, gesetzliche Krankenkassen als auch Leistungserbringer sollten ihre Vorbehalte gegenüber dem Vergaberecht aufgeben.

Sven Tönnemann, Rechtsanwalt, Hamburg

4 Burgi, Martin

VergabeR 3/2010, S. 403-414

Streitbeilegung unterhalb der Schwellenwerte durch „Vergabeschlichtungsstellen“: Ein Vorschlag zur aktuellen Reformdiskussion

Der Verfasser stellt in seinem Beitrag ein Konfliktschlichtungsmodell für Unterschellenvergabe vor. Einleitend legt er die gegenwärtige Rechtslage dar. Anschließend skizziert er sein Konzept der Vergabeschlichtungsstelle. Zunächst geht er auf die Rechtsnatur des Verfahrens ein. Hier spricht er sich gegen ein Verwaltungsverfahren und den Verzicht auf Prozessvoraussetzungen aus. Zudem soll die Entscheidung der Vergabeschlichtungsstelle rechtlich unverbindlich sein. Daneben geht er auf Fragen der Einrichtung und Besetzung der Schlichtungsstellen ein und skizziert die Verfahrensregelungen wie Akteneinsichtsrechte und Fristen.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

5 Dicks, Heinz Peter

ZfBR 4/2010, S. 235-245

Verfahrensrechtliche Entscheidungen im Jahre 2009 - Teil II

Der zweite Teil der Rechtsprechungsübersicht setzt die Übersicht über die wichtigsten verfahrensrechtlichen Entscheidungen der Vergabesenate im Jahr 2009 fort. Dabei werden die Themen Rügeobliegenheit, Akteneinsicht, Antragsrücknahme, Verlängerung der aufschiebenden Wirkung und der Unterschwellenrechtsschutz behandelt. Der Beitrag gibt einen hervorragenden Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Trends der Rechtsprechung im Jahr 2009.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

6 Frenz, Walter

NVwZ 10/2010; S. 609-613

Aktuelle europarechtliche Grenzen des Vergaberechts

Die Autoren besprechen drei europarechtliche Eckpunkte im Hinblick auf den Anwendungsbereich des Vergaberechts. Zunächst werden die verschiedenen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit daraufhin geprüft, ob sie dem Vergaberecht unterfallen, wie z.B. die Arbeitsgemeinschaft, der Zweckverband bis hin zur Inhouse-Vergabe. Weiterhin stellen die Autoren kurz die „Oymanns-Entscheidung“ des EuGH dar, wonach die gesetzlichen Krankenkassen wegen der fehlenden Gewerblichkeit, der staatlichen Kontrolle und der staatlichen Finanzierung öffentliche Auftraggeber seien. Schließlich widmen sich die Autoren der Frage, in welchen Fällen das europäische Primärrecht Prüfungsmaßstab auch für die Vergabe von Konzessionen oder Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte sein könne. Entscheidend sei hier der Nachweis eines eindeutig grenzüberschreitenden Interesses.

Sven Tönnemann, Rechtsanwalt, Hamburg

7 Fürmann, Jochen

Vergaber 3/2010, S. 420-427

Zur Zulässigkeit von Anforderungsfristen und der praxisgerechten Auslegung des § 107 Abs. 3 Satz 1 und 3 GWB

Der Verfasser untersucht in seinem Beitrag ob der Auftraggeber zulässigerweise Fristen zur Abforderung der Vergabe- und Bewerbungsunterlagen festsetzen kann und welche Konsequenzen aus solchen Abforderungsfristen für die Auslegung des § 107 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 resultieren. Zunächst arbeitet er heraus, dass die Festsetzung von Abforderungsfristen durch den Auftraggeber auch nach der Neufassung der Vergabeordnungen zulässig sei. § 107 Abs. 3 Nr. 2 GWB sei zudem dahingehend auszulegen, dass die Bewerbungsfrist i.S.v. § 107 Abs. 3 Nr. 2 mit der vom Auftraggeber festgesetzten Anforderungsfrist gleichzusetzen sei. Hinsichtlich der Rügefrist nach § 107 Abs. 3 Nr. 3 GWB sei jedoch auf die echte Angebotsfrist und nicht auf die Abforderungsfrist abzustellen.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

8 Gartz, Benjamin

NZBau 5/2010, S. 293-297

Das Ende der „Ahlhorn“- Rechtsprechung

- Zugleich Besprechung von EuGH, Urt. v. 25.03.2010, Rs. C-451/08 -

Nach einer kurzen Zusammenfassung der bisher durch das OLG Düsseldorf ergangenen „Ahlhorn“- Rechtsprechung geht der Autor auf das Vorabentscheidungsersuchen des OLG Düsseldorf (02.10.2008, Az. VII - Verg 25/08) ein, das zum Gegenstand hatte, ob die Grundlagen besagter Rechtsprechung europarechtlich zutreffend sind. Zugleich sollte ebenso eine Überprüfung der Neuregelungen in § 99 Abs. 3 und Abs. 4 GWB erfolgen. Im weiteren Verlauf wird dann auch das o. g. Urteil des EuGH genauer betrachtet und zu den einzelnen Vorlagefragen Stellung genommen. Letztendlich konstatierte der EuGH u. a., dass die bisherigen Urteile auf der Linie der „Ahlhorn“-Rechtsprechung europarechtswidrig waren, da die Einräumung eines Nutzungsrechts im Sinne der Vergaberichtlinie nicht vorlag.

Anne Körner, forum vergabe e.V.

9 Hausmann, Friedrich Ludwig; Mutschler-Siebert,
Annette

VergabeR 3/2010, S. 427-433

Nicht mehr als eine Klarstellung - Interkommunale Kooperationen nach dem EuGH-Urteil Stadtreinigung Hamburg

Der Beitrag beleuchtet das Urteil des EuGH vom 9. Juni 2009 (Rs. C-480/06), worin die ausschreibungsfrei durchgeführte interkommunale Kooperation zwischen der Stadtreinigung Hamburg und vier umliegenden Landkreisen in Bezug auf die Entsorgung von Abfall im Hinblick auf deren Unterwerfung unter das vergaberechtliche Regelungsregime thematisiert wurde. Dazu wird zunächst der zugrundeliegende Sachverhalt dargestellt, im Anschluss dann auf die rechtliche Würdigung des Vorgangs eingegangen. Auch werden die Kriterien einer vergaberechtsfreien interkommunalen Kooperation erörtert, so etwa die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Gebietskörperschaften, die kooperative und auf Gegenseitigkeit beruhende interkommunale Zusammenarbeit, die fehlende Vergütung der gegenseitigen Leistungen sowie die fehlende Beteiligung Privater.

Anne Körner, forum vergabe e.V.

10 Hübner, Alexander

VergabeR 3/2010, S. 414-420

Das Ende der „unverzüglichen“ und uneingeschränkten Rügeobliegenheit (§ 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB)

Der Verfasser untersucht, welche Folgen die Urteile des EuGH vom 20.01.2010, C – 406/08 (Uniplex) und C – 456/08 (Kommission/Irland) für die Anforderungen an die Unverzüglichkeit der Rüge nach § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB haben. Zunächst stellt er die hierfür relevanten Teile der Urteilsbegründungen dar. Anschließend überträgt er die von ihm daraus ermittelten Rechtsgedanken auf die Rügeobliegenheit nach § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Anforderung einer „unverzüglichen Rüge“ europarechtswidrig sei. Dem Argument der gegenläufigen Rechtsauffassung, dass es sich bei der Rügeobliegenheit um eine Zulässigkeitsvoraussetzung für ein Nachprüfungsverfahren und nicht um ein Ausschlussfrist handelt, setzt er entgegen, dass der EuGH in seinem Urteil vom 11.10.2007, C-241/06 (Lämmerzahl) an die Regelung des § 107 Abs. 3 GWB den gleichen Prüfungsmaßstab angelegt habe, wie bei der Prüfung einer Ausschlussfrist. Daher sei die Regelung des § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB in ihrer derzeitigen Fassung europarechtswidrig und nur insoweit anzuwenden, als das auf die Anforderung der Unverzüglichkeit der Rüge verzichtet werden müsse.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

11 Leinemann, Eva-Dorothee; Kirch, Thomas

VergabeNews 5/2010, S. 50-52

Vergaberechtliche Privilegien für Sektorauftraggeber

Im Vergleich zu den traditionellen Auftraggebern besitzen Sektorauftraggeber zahlreiche Erleichterungen. Im vorliegenden Beitrag werden demgemäß die Sektorenprivilegien überblickshaft vorgestellt; so werden beispielsweise höhere Schwellenwerte sowie die Möglichkeit der Einrichtung eines Prüfungssystems zur Eignungsfeststellung von Unternehmen aufgelistet. Im Weiteren wird ebenso auf das sog. Konzernprivileg analysierend und kritisierend eingegangen.

Anne Körner, forum vergabe e.V.

12 Sester, Peter

RIW 5/2010, S. 269-279

Bieterverfahren und Projektverträge im brasilianischen Recht

Grundzüge des brasilianischen Vergabe- und Konzessionsrechts

Einleitend gibt der Verfasser einen Überblick über die Rechtsquellen des brasilianischen Vergabe- und Konzessionsrechts. Dabei zeigt er auf, dass das brasilianische Vergaberecht schon in der Verfassung verankert ist. Sodann beschreibt er die vergaberechtlichen Prinzipien, skizziert die Anwendungsbereiche des Vergaberechts, stellt die Verfahrensarten und den Verfahrensablauf sowie den Primärrechtsschutz dar. Anschließend behandelt er vertragsrechtliche Aspekte. Im zweiten Teil der Abhandlung geht er auf Konzessionen und Public Private Partnership Projekte ein. Dabei stellt er den Regelungsrahmen und die verfahrensrechtliche sowie praktische Ausgestaltung von Konzessionen und Public Private Partnership Projekten dar.

Robert Thiele, forum vergabe e.V.

13 Wegener, Bernhard W.

NZBau 5/2010, 273-279

Umweltschutz in der Vergabe öffentlicher Aufträge

Der Verfasser untersucht in seinem Beitrag die mögliche Berücksichtigung umweltpolitischer und ökologischer Zielsetzungen in Vergabeverfahren. Er stellt dar, inwieweit es bereits Ansätze zur Berücksichtigung von ökologischen Aspekten gibt, diese sinnvoll sind und bereits in Vergabeverfahren umgesetzt werden bzw. werden können. Es wird hervorgehoben, dass sich die Thematik Umweltschutz von einem „vergabefremden Kriterium“ zu einem durchaus berücksichtigungsfähigen Kriterium entwickelt hat. Kritisch beleuchtet der Autor daneben auch die vorhandenen Schwierigkeiten und rechtlichen Probleme bei der praktischen Umsetzung. Im Ergebnis wird die Entwicklung von ökologischen Vergaben jedoch durchaus positiv gesehen. Dies ist vor allem den auf europäischer Ebene konkret geplanten Maßnahmen unter dem Stichwort „green public procurement“ geschuldet. Hier zeichnen sich unter federführender Rolle der Europäischen Kommission gemeinschaftsrechtliche Vorgaben zur ökologischen Beschaffung ab. Dennoch bleibt ein kritischer Blick in Bezug auf die Beschränkung von Freiräumen in der Vergabe und die Einengung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Melanie von Lennep, Referentin der Vergabestelle des AOK-Bundesverbands

14 Zeiss, Christopher

NVwZ 9/2010, S. 556-558

Sektorenverordnung verfassungswidrig - Gebührenerhebung durch Bundeskartellamt unzulässig?

Der Autor bespricht den § 3 SektVO im Hinblick auf dessen etwaige Verfassungswidrigkeit aufgrund der enthaltenen Möglichkeit der Gebührenerhebung durch das Bundeskartellamt. Gebühren für Bescheide würden rechtswidrig erhoben werden, da keine ausreichende Rechtsgrundlage aufzufinden sei. Die ergehenden Gebührenbescheide seien daher zwar rechtswidrig, blieben ohne Anfechtung jedoch wirksam. Eine Überarbeitung der in Frage stehenden Vorschrift wird vom Autor demgemäß angeraten.

Anne Körner, forum vergabe e.V.

Fachbücher:

15 Müller-Wrede [Hrsg.]

2. Auflage

Köln 2010, Bundesanzeiger Verlag, 265 S.

ISBN: 978-3-89817-770-2

VOL/A und B, VOF und VgV

- Mit Einführung, Erläuterung und Synopsen

Im ersten Teil des Werkes werden die wesentlichen strukturellen, sprachlichen und inhaltlichen Änderungen der VOL/A und VOF dargestellt. Die folgenden vier Abschnitte umfassen Textausgaben des 1. Abschnitts der VOL/A 1, des 2. Abschnitts der VOL/A, der VOF und der VgV (VgV in der Entwurfsfassung). Anschließend werden die Änderungen der VOL/A und VOF jeweils in einer Synopse dargestellt. Dem Werk ist zudem eine CD-ROM mit den vergaberechtlichen Vorschriften (GWB, VgV, Vergabeordnungen) beigelegt.

Regelmäßig ausgewertete Zeitschriften

AöR	Archiv des öffentlichen Rechts	Mohr-Siebeck-Verlag
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter	Richard Boorberg Verlag
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht	Werner Verlag
BB	Betriebsberater	Verlag Recht und Wirtschaft
CR	Computer und Recht	Verlag Dr. Otto Schmidt
DB	Der Betrieb	Kohlhammer Verlag
DÖV	Die öffentliche Verwaltung	Verlag Duncker & Humblot
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt	Heymann Verlag
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaft	Verlag C.H.Beck,
GmbHHR	GmbH-Rundschau	Verlag Dr. Otto Schmidt
GewArch	Gewerbearchiv	Gildebuchverlag
IBR	Immobilien- & Baurecht	id Verlags GmbH
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts	Gieseking Verlag
JA	Juristische Arbeitsblätter	Luchterhand Verlag
JR	Juristische Rundschau	Verlag Walter de Gruyter,
ITRB	Der IT-Rechts-Berater	Verlag Dr. Otto Schmidt,
JuS	Juristische Schulung	Verlag C.H.Beck,
JZ	Juristenzeitung	Mohr-Siebeck-Verlag
KStZ	Zeitschrift. für das gesamte Gemeindeabgabenwesen	Verlag Reckinger
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung	Verlag C.H.Beck,
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht	Verlag Dr. Otto Schmidt
MMR	Multimedia und Recht	Verlag C.H.Beck,
NdsVBl	Niedersächsische Verwaltungsblätter	Richard Boorberg Verlag
NJ	Neue Justiz	Nomos-Verlag
NJO	Neue Juristische Online Zeitschrift	Verlag C.H.Beck,
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	Verlag C.H.Beck,
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland	Nomos-Verlag
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	Verlag C.H.Beck,
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter	Richard Boorberg Verlag
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht	Verlag C.H.Beck,
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht	Verlag C.H.Beck,
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht	Verlag C.H.Beck,
RiA	Recht im Amt	Luchterhand Verlag
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter	Richard Boorberg Verlag
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter	Richard Boorberg Verlag
UPR	Umwelt- und Planungsrecht	Verlag Jehle Rehm
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg	Richard Boorberg Verlag
Vergabe Navigator	Vergabe Navigator	Bundesanzeiger Verlag
Vergabe News	Vergabe News	Bundesanzeiger Verlag
VergabeR	Vergaberecht	Werner Verlag
VersR	Versicherungsrecht	Verlag Versicherungswirtschaft
VA	Verwaltungsarchiv	Heymann Verlag
VR	Verwaltungsrundschau	Kohlhammer Verlag
Verwaltung	Die Verwaltung	Verlag Duncker & Humblot
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa	Verlag C.H.Beck,
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb	Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis	Deutscher Fachverlag
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft	RWS-Verlag
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht	Bauverlag
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	Verlag Walter de Gruyter,
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	RWS-Verlag
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik	Verlag C.H.Beck
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht	Nomos-Verlag
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht; Journal of Competition Law	RWS-Verlag

Herausgeber: forum vergabe e.V.

Breite Straße 29, 10178 Berlin

Web: <http://www.forum-vergabe.de>, Mail: info@forum-vergabe.de

Tel.: (030) 2028 1631, Fax: (030) 2028 2631

Verantwortlicher Redakteur: Robert Thiele